

## **Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 24.07.2025**

**Zu TOP: 7.6**

**Sachstand Ansiedlung Bevölkerungsschutz-Akademie**

**Einreicherin: Ute Bartel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei**

**Vorlage: kAF 0077/2025**

Anfrage:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Ansiedlung einer Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und zivile Verteidigung auf dem Dänholm?
2. Wie ist der Bearbeitungsstand zu den in Zuständigkeit und Verantwortung der kommunalen Ebene liegenden Aufgaben?
3. Mit welchen finanziellen Aufwendungen rechnet die Verwaltung für die Hansestadt Stralsund im Fall einer erfolgreichen Ansiedlung?

Herr Dr. Raith antwortet wie folgt:

zu 1:

Bislang hat weder das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe noch die Akademie selber den direkten Kontakt zur Hansestadt aufgenommen.

zu 2:

Die vorbereitenden Arbeiten für den Bebauungsplan wurden weitgehend abgeschlossen, dabei handelt es sich im Wesentlichen um

- die naturschutzfachlichen Kartierungen (Baumliste, Biotoptypenkartierung, artenschutzrechtliche Bestandsaufnahme)
- die Abgrenzung der dem Forstrecht unterliegenden Flächen

Der auf dieser Grundlage von der Abteilung Stadtentwicklung erstellte Vorentwurf des Bebauungsplans ist fertig und wird voraussichtlich kurzfristig in die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit gehen. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung soll im nächsten Amtsblatt bekannt gemacht werden.

zu 3:

Die Frage kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden:

- Im Zuge der Bewerbung hat die Hansestadt sich zur Bereitstellung des Baugrundstücks verpflichtet; zum derzeitigen Buchwert kommen noch die Kosten der Planung (gering da v.a. in Eigenleistung erbracht) und der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen hinzu.
- Ob der Bund weitere unterstützende Leistungen fordert, ist nicht absehbar, da es hierzu bislang keine Gespräche gab; denkbar wäre z.B. die Forderung nach einem Ausbau des Anschlusses an den Rügendamm (L 296).

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass er Gespräche mit einem Mitglied des Bundestages geführt habe. Es sei signalisiert worden, dass es Bemühungen gebe, das Projekt in der laufenden Haushaltsplanung der neuen Bundesregierung zu berücksichtigen. Sobald neue Informationen vorliegen, werde der Oberbürgermeister diese mitteilen.

Frau Bartel hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 06.08.2025